

OMAS GEGEN RECHTS
Plattform für zivilgesellschaftlichen Protest
Löwengasse 18/12
1030 Wien

Linz, 10. Oktober 2021

Herrn
Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer
OÖ Landesregierung
Offener Brief per Mail

Neuerliche Koalition mit der FPÖ Unsere Forderungen

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Stelzer,

Wir sind zwar nicht überrascht, aber trotzdem sehr enttäuscht und besorgt, dass Sie neuerlich mit der FPÖ koalieren wollen - obwohl Alternativen möglich wären.

„Die FPÖ sei anders“ sagen Sie öffentlich und wissen genau, dass das nicht stimmt. Wir möchten Sie hier nicht an die verschiedenen „Einzelfälle“ in OÖ erinnern. Erinnern möchten wir Sie aber an unsere offenen Briefe, wo wir die Beendigung der Koalition mit der FPÖ mehrmals von Ihnen gefordert haben.

Rechtlich steht Ihnen und der OÖVP die Regierungspartnerschaft natürlich frei. Moralisch und dem Ansehen OÖ dienend wäre es aber besser, Sie würden von einer Koalition mit der FPÖ Abstand nehmen.

Im Anhang schicken wir Ihnen unsere Forderungen und wir hoffen sehr, dass Sie unsere Anliegen bestmöglich unterstützen werden.

Wir werden Ihre künftige Arbeit für OÖ weiterhin aufmerksam verfolgen und auch gerne im Sinne unserer Forderungen unterstützen.

Freundliche Grüße
OMAS GEGEN RECHTS
Helene Kaltenböck, Landessprecherin OÖ
Monika Salzer, Obfrau
www.omasgegenrechts.at

FORDERUNGEN der OMAS GEGEN RECHTS OÖ

1. Das Ansehen Oberösterreichs darf durch die Koalition mit der FPÖ nicht leiden, dh. die FPÖ sollte sich öffentlich, ehrlich und nachhaltig von ihrem „rechtsextremen Saum“ und von der Bundes FPÖ distanzieren und mithelfen, die „Einzelfälle“ zu reduzieren bzw. aufzuklären.
2. Die Spaltung der Gesellschaft muss gestoppt werden. Es gibt kein WIR und DIE!
3. Die Pandemiebekämpfung muss verstärkt werden - auch durch die FPÖ - und wirksam sein.
4. Keine Steuermittel mehr für Inserate in bedenklichen Medien (z.B. Wochenblick).
5. Keine Förderung von Burschenschaften aus Steuermittel.
6. Vor Verleihung von Ehrenzeichen an Burschenschafter deren Kontakte und Aktivitäten zu und in rechtsextremen Kreisen prüfen.
7. OÖ darf keinen Platz für rechtsextreme und demokratiefeindliche Gruppe haben, zB, Identitäre in Steyregg, Kongresse der rechtsextremen Elite Europas....
8. Die Anzahl der rechtsextremen Angriffe in OÖ muss deutlich gesenkt und deren Aufklärungsquote erhöht werden.
9. Die Teilnahme an Demos ist ein Grundrecht und die Teilnehmenden sind keine Extremisten. Sie in einem Handbuch gegen Extremismus anzuführen ist unredlich und ein schwerer Eingriff in dieses Grundrecht.
10. Das Vermächtnis der Holocaustüberlebenden Frau Gertrude Wieser, geb. Pollak in Bezug auf das „Europacamp“ muss respektiert und der Vertrag mit dem Land OÖ eingehalten werden.
11. Die OÖVP setzt sich dafür ein, dass aufenthaltsberechtigte Flüchtlinge in den Elendslagern am Rande Europas Platz in OÖ finden.